

3. Juni 2022

An

Herrn Hendrik Wüst  
c/o Landesgeschäftsstelle der CDU

und

Frau Mona Neubaur  
c/o Landesgeschäftsstelle der Grünen

## **Sondierungspapier Sozialticket-Förderung verbessern!**

Sehr geehrte Frau Neubaur, sehr geehrter Herr Wüst,

seit 2011 beteiligt sich das Land NRW dankenswerterweise an dem Projekt „Sozialticket“ und stellt dafür jährlich 40 Mio. € im Haushalt zur Verfügung. Diese 40 Mio. reichen nach Einschätzung von Sozialverbänden und Initiativen jedoch schon seit einigen Jahren nicht mehr aus.

Ohne eine Aufstockung des Haushaltsansatzes dürften die Preise von Sozialtickets in NRW weiter ansteigen, mit dem Ergebnis, dass sich statt mehr immer weniger Menschen ein solches Ticket leisten werden. Obwohl das Ticket ja eigentlich dazu dienen soll, auch ärmeren Mitbürger\*innen ein Mindestmaß an Mobilität und Teilhabe zu sichern.

Nehmen wir nur mal den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR): Der hat seit Einführung seiner vergünstigten Monatskarte Ende 2011 insgesamt achtmal den Preis angehoben. Aktuell kostet sie 39,80 €. Nicht ganz überraschend stagnierte der Absatz nach einigen Jahren und ist seit 2017 sogar rückläufig. Gerade einmal 7 Prozent der Berechtigten im VRR-Raum gönnen sich heute noch ein solches Ticket.

Rund 1,2 Millionen Menschen (!) leben in diesem Raum, die ihren Unterhalt ganz oder teilweise aus Hartz IV-Leistungen, Grundsicherung, Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz oder ähnlichem bestreiten und somit eigentlich berechtigt wären, ein solches Ticket zu erwerben.

In den anderen Verkehrsverbänden sieht die Situation ganz ähnlich aus. Im VRS sind die vergleichbaren Monatskarten sogar noch teurer.

Wir meinen: Mehr als in den gesetzlichen Regelsätzen für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel vorgesehen ist, dürften die Sozialtickets eigentlich nicht kosten. Doch dazu bräuchten wir allein für die heutigen Nutzer\*innen im VRR zusätzliche 3,5 Mio. €, für Gesamt-NRW vermutlich ca. 8 Mio. € im Jahr, um die Differenz zwischen Regelsatzanteil und den in NRW mittlerweile üblichen Preisen für Sozialtickets (Monatskarten) zu überbrücken.<sup>1</sup>

Dabei sind die Wünsche nach Verbesserung der mit dem Ticket verbundenen Leistungen noch gar nicht berücksichtigt: der Wunsch nach einem großzügigerem Zuschnitt des Geltungsraums, nach familienfreundlicheren Mitnahmeregelungen und vielem anderen mehr. Und, wie gesagt: Obige Rechnung umfasst nur die Zahl derer, die aktuell noch zu den Nutzer\*innen der Ticketangebote gehören.

Wir protestieren regelmäßig gegen die Erhöhung der Preise für das Sozialticket. Doch die Verantwortlichen in den Verkehrsverbänden sind da ganz klar: Ohne mehr Mittel von außen kriegen sie's nicht hin – behaupten sie jedenfalls. Deshalb bitten wir Sie herzlich, bei den weiteren Koalitionsgesprächen auch eine deutliche Verbesserung der Sozialticket-Förderung aus Landesmitteln ins Auge zu fassen.

Erlauben Sie uns zum Schluss noch eine weitere Bemerkung. Das Thema Einkommensarmut und Armut allgemein scheint uns im Sondierungspapier vom 27. Mai überraschend unterbelichtet, gerade vor dem Hintergrund Ihrer Aussage, dass NRW weiterhin „das soziale Gewissen der Bundesrepublik bleiben“ soll (S. 6). Es gibt schließlich nicht nur Kinderarmut, so schlimm die auch ist.

Mit freundlichen Grüßen  
für das Bündnis

Heiko Holtgrave

---

<sup>1</sup> Der Regelsatzanteil für die Nutzung fremder Verkehrsdienstleistungen - dies nur zur Information - beträgt in diesem Jahr bei einem alleinstehenden Erwachsenen 36,30 € im Monat („Regelbedarf“ nach SGB II / SGB XII).